

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Beate Müller-Gemmeke, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Markus Kurth, Corinna Rüffer, Sven Lehmann, Sven-Christian Kindler, Stefan Schmidt und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Flexibilität und Zeitsouveränität bei der Arbeitszeit

Die Arbeitszeit ist wieder zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen und politischer Auseinandersetzungen geworden. Die Arbeitgeberseite fordert eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit. Die Gewerkschaften vertreten hingegen die Auffassung, dass die gesetzlichen und tariflichen Rahmenbedingungen bei der Arbeitszeit flexibel genug sind und kein Änderungsbedarf besteht.

Vor diesem Hintergrund stellen sich etliche Fragen. Wie flexibel arbeiten die Beschäftigten heute? Bedeutet Flexibilität auch Gestaltungsspielraum für die Beschäftigten? Und welche Auswirkungen haben immer flexiblere Arbeitszeiten auf die Gesundheit der Beschäftigten und auf das private und gesellschaftliche Leben?

Die Antworten auf die Kleine Anfrage sollen zur Versachlichung der Arbeitszeitdebatte beitragen und den politischen Handlungsbedarf aufzeigen.

Wir fragen die Bundesregierung:

Zeitsouveränität aus der Perspektive der Beschäftigten

1. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell der Anteil der Beschäftigten, die gerne ihre Arbeitszeit erhöhen oder reduzieren wollen, und wie hoch ist der Anteil der Beschäftigten, die sich beweglichere Arbeitszeiten bezüglich Lage und Ort ihrer Arbeitszeit (beispielsweise Homeoffice) wünschen (bitte nach Geschlecht differenzieren)?
2. Wie viel Prozent der Beschäftigten haben nach Kenntnis der Bundesregierung Gestaltungsspielraum bei ihrer Arbeitszeit, und wie viel Prozent der Beschäftigten arbeiten aktuell
 - a) in Vertrauensarbeitszeit;
 - b) mit Arbeitszeitkonten;
 - c) in Gleitzeit, und können daher Einfluss nehmen, wann sie ihre Arbeit beginnen und beenden;

- d) immer oder gelegentlich im Homeoffice und
 - e) wie viel Prozent der Beschäftigten arbeiten mobil, ohne an einen festen Arbeitsplatz gebunden zu sein
- (bitte jeweils nach Geschlecht, nach Branchen und jeweils mit einer kurzen Beschreibung, wie sich die Zahlen in den letzten zehn Jahren entwickelt haben, differenzieren)?
3. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf, den Beschäftigten mehr Zeitsouveränität bezüglich Umfang, Lage bzw. Verteilung und Ort der Arbeitszeit zu ermöglichen?
- Wenn nein, warum nicht?
- Wenn ja, in welcher Form?

Arbeitszeitflexibilität aus betrieblicher Perspektive

4. Wie viel Prozent der Betriebe bzw. Branchen nutzen nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell die Flexibilisierungsmöglichkeiten im Arbeitszeitgesetz per Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung oder durch behördliche Genehmigungen, um die tägliche Arbeitszeit zu erhöhen bzw. die Ruhezeiten zu reduzieren?
5. In wie vielen Unternehmen gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung regulär 12-Stunden-Schichten (bitte nach Branchen differenzieren)?
6. Wie viel Prozent der Beschäftigten arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell
- a) nachts, samstags, sonn- und feiertags;
 - b) im Schichtdienst oder in der Nachtschicht;
 - c) im Bereitschaftsdienst;
 - d) mit Rufbereitschaft und
 - e) in der Beschäftigungsform Arbeit auf Abruf
- (bitte jeweils nach Geschlecht, nach Branchen und jeweils mit einer kurzen Beschreibung, wie sich die Zahlen in den letzten zehn Jahren entwickelt haben, differenzieren)?
7. Welche Effekte wird nach Kenntnis der Bundesregierung die Digitalisierung der Arbeitswelt auf den Umfang der Nachtarbeit, der Arbeit an Wochenenden und Bereitschaftsdienste voraussichtlich haben?
8. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Unternehmen weitere Flexibilisierungsmöglichkeiten bei der Arbeitszeit benötigen?
- Wenn ja, welche Gründe sprechen dafür, und welche Flexibilisierungsmöglichkeiten sind nötig?
- Wenn nein, warum nicht?

Entgrenzung von Arbeit: Gesundheit und Work-Life-Balance

9. Welche Aspekte bei der Arbeitszeit führen nach Kenntnis der Bundesregierung ganz grundsätzlich zu Stress bzw. psychischen Belastungen, und welche Aspekte belasten das private und gesellschaftliche Leben?

10. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der psychisch erkrankten Menschen entwickelt,
- a) wie häufig führten psychische Erkrankungen zu Frühverrentungen;
 - b) wie viele psychisch erkrankte Menschen sind vom allgemeinen Arbeitsmarkt in eine Werkstatt für behinderte Menschen gewechselt und
 - c) wie erklärt sich die Bundesregierung diese Entwicklung
- (bitte nach Geschlecht und für die letzten zehn Jahre differenzieren)?
11. Wie viel Prozent der Beschäftigten
- a) arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung zu Hause außerhalb der regulären Arbeitszeit;
 - b) führen Telefonate, lesen und bearbeiten dienstliche E-Mails außerhalb der regulären Arbeitszeit;
 - c) arbeiten mehr Stunden als vereinbart, und wie viele davon unentgeltlich;
 - d) sind außerhalb der vereinbarten Arbeitszeit erreichbar
- (bitte nach Geschlecht und Branchen differenzieren)?
12. Welche Chancen bzw. potentielle Risiken entstehen nach Kenntnis der Bundesregierung durch die Möglichkeit, Homeoffice zu machen, und sieht die Bundesregierung diesbezüglich Handlungsbedarf?
- Wenn ja, in welcher Form?
- Wenn nein, warum nicht?
13. Wie wirken sich nach Kenntnis der Bundesregierung folgende Aspekte bei der Arbeitszeit auf die Gesundheit der Beschäftigten bzw. auf das private und gesellschaftliche Leben aus:
- a) ständige Erreichbarkeit;
 - b) Arbeiten in der Freizeit;
 - c) häufige Mehrarbeit;
 - d) Arbeit auf Abruf;
 - e) längere tägliche Arbeitszeit;
 - f) verkürzte Ruhezeiten;
 - g) Arbeiten an Sonn- und Feiertagen;
 - h) Nacharbeit;
 - i) Arbeiten im Schichtdienst,
- und sieht die Bundesregierung diesbezüglich gesetzlichen Handlungsbedarf?
- Wenn ja, in welcher Form?
- Wenn nein, warum nicht?
14. Ab welcher täglichen Arbeitszeit erhöhen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Fehleranfälligkeit und das Unfallrisiko, und ab welcher täglichen Arbeitszeit können Erschöpfungserscheinungen sowie Schlafstörungen entstehen?

15. Hält die Bundesregierung die wöchentliche bzw. die tägliche Höchstarbeitszeit und die Ruhezeiten für notwendig, angemessen und ausreichend flexibel?

Wenn ja, warum?

Wenn nein, warum nicht, und in welcher Form besteht Handlungsbedarf?

Berlin, den 24. April 2018

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion